

Niederländische Regierung bricht zusammen: Wilders Rechtspartei verlässt Koalition

Die niederländische Regierung ist zusammengebrochen, nachdem die rechtsextreme PVV unter Geert Wilders die Koalition verlassen hat. Forderungen nach Neuwahlen steigen, während das politische Chaos zunimmt.



Die rechtsextreme Partei für die Freiheit (PVV) verlässt die niederländische Regierung aufgrund ihrer Asylpolitik, erklärte ihr Vorsitzender Geert Wilders am Dienstag und stürzt damit die Regierungskoalition ins Chaos.

Wilders' Entscheidung und ihre Folgen

„Ich habe mich für die strengste Asylpolitik eingesetzt, nicht für den Untergang der Niederlande“, erklärte Wilders am Dienstagmorgen vor Journalisten. „Unsere Verantwortung für

dieses Kabinett endet damit hier.“ Seine Entscheidung, die Unterstützung für die rechtsgerichtetste Regierung in der Geschichte der Niederlande zurückzuziehen, hat die politische Landschaft des Landes erschüttert. Die Regierung unter Premierminister Dick Schoof hat lediglich 51 von 150 Sitzen im Parlament.

Rufe nach Neuwahlen

Oppositionsführer fordern sofortige Neuwahlen. Schoof, der in der Vergangenheit mit Wilders über politische Fragen in Konflikt geraten ist, hat sich bislang nicht geäußert. Umfragen deuten darauf hin, dass die PVV, wenn heute Wahlen abgehalten würden, möglicherweise Sitze verlieren, aber die größte Partei bleiben würde, dicht gefolgt von der zentristisch-rechten Volkspartei für Freiheit und Demokratie.

Politische Unsicherheit in den Niederlanden

Doch dies garantiert nicht, dass sie eine neue Regierung bilden kann. Die niederländische Politik besteht aus einer Vielzahl von Parteien, von denen keine jemals in der Lage war, eine Mehrheit der Wählerstimmen zu gewinnen. Umfragen legen nahe, dass sowohl zentristisch-rechte als auch zentristisch-linke Parteien von Neuwahlen profitieren könnten.

Wilderes umstrittene Vergangenheit

Die PVV war der eindeutige Gewinner der **Novemberwahl 2023**. Ein nach monatelangen Verhandlungen ausgehandelter Koalitionsvertrag **schrieb fest**, dass seine Partei zwar der Regierung angehören würde, er jedoch im Parlament bleibt. Wilders hat eine lange Geschichte anti-islamischer und anti-migrantischer Rhetorik. So wurde er **wegen Diskriminierung verurteilt**, nachdem er bei einer Wahlveranstaltung 2014 marokkanische Einwanderer beleidigt hatte. Seine Partei **fordert** „keine islamischen Schulen, keine Qurans und keine

Moscheen“.

Ultimatum für eine härtere Asylpolitik

In der vergangenen Woche hielt Wilders eine seltene, formelle Pressekonferenz ab, um der Regierung ein Ultimatum zur Verschärfung der Asylpolitik zu setzen – trotz der Tatsache, dass der Minister für Asyl und Migration ein Mitglied seiner eigenen Partei ist. „Die PVV hat den Wählern die strengste Asylpolitik aller Zeiten versprochen, mit dem Ziel, sie zur strengsten in ganz Europa zu machen“, sagte Wilders am Dienstag. „Wir haben einen Plan vorgeschlagen, um die Grenzen für Asylsuchende zu schließen, sie aufzuhalten und sie abzuschieben. Wir wollen den Bau von Asylzentren stoppen und vorhandene schließen.“

Er erklärte, dass die Koalition seine Vorschläge abgelehnt habe. „Ich konnte nichts anderes tun, als zu sagen, dass wir nun unsere Unterstützung für dieses Kabinett zurückziehen.“

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at